



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 5.-8. Februar 2018 in Straßburg

Online shoppen ohne Grenzen

Wer gerne online einkauft, soll bald einen besseren grenzübergreifenden Zugriff auf Waren und Buchungen etwa von Hotelzimmern, Mietwagen oder Konzertkarten erhalten.

4

Europawahl 2019: Neue Sitzverteilung, Reform des Wahlrechts

Das EU-Parlament soll 46 seiner 751 Sitze verlieren, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat. Über eine entsprechende Gesetzesinitiative stimmen die Abgeordneten am Mittwoch ab.

6

Klimawandel: CO2-Ausstoß schneller senken, CO2-arme Innovationen finanzieren

Am Dienstag wird ein Gesetz zur Verschärfung der Emissionsbeschränkungen für Treibhausgase über das EU-Emissionshandelssystem (EHS) verabschiedet. Ziel ist, die Zusagen des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

8

Plenardebatte mit kroatischem Premier Plenković über die Zukunft Europas

Der kroatische Premierminister Andrej Plenković ist der zweite EU-Regierungschef, der am Dienstagvormittag mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.

10

Europawahl 2019: Nur ein „Spitzenkandidat“ darf Kommissionspräsident werden

Das Parlament ist entschlossen, nur Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten zu akzeptieren, die zuvor als Spitzenkandidaten ihrer Parteien für die Europawahl 2019 in den Wahlkampf gezogen sind.

11

Pestizide: Parlament will Sonderausschuss einsetzen

Am Dienstag stimmt das Parlament über Mandat und Zusammensetzung eines Sonderausschusses zur Prüfung des Zulassungsverfahrens der EU für Pestizide ab.

13

| | |
|--|----|
| Diesel-Abgastests an Menschen und Affen: Debatte mit EU-Kommission | 14 |
| | |
| Parlament will Zeitumstellung abschaffen Am Donnerstag werden die Abgeordneten die EU-Kommission erwartungsgemäß auffordern, einen Vorschlag zur Beendigung des halbjährlichen Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit vorzulegen. | 15 |
| | |
| Parlament will Tod von Zivilisten in Afrin und Angriff auf Pressefreiheit in der Türkei verurteilen Die Abgeordneten werden in einer EntschlieÙung am Dienstag erwartungsgemäß den Angriff der türkischen Streitkräfte auf die kurdisch kontrollierte Enklave Afrin in Syrien verurteilen. | 16 |
| | |
| EU-Erweiterung: Neue Westbalkan-Strategie Die neue Westbalkan-Strategie der EU wird am Dienstag von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vorgestellt und von den Abgeordneten diskutiert. | 17 |
| | |
| EP-Führung fordert Rücktritt von Vizepräsident Czarnecki Die Fraktionsvorsitzenden haben am Donnerstag beschlossen, dem Plenum vorzuschlagen, dass Ryszard Czarnecki (EKR, Polen) seiner Funktion als Vizepräsident des Europäischen Parlaments enthoben wird. | 18 |
| | |
| Weitere Tagesordnungspunkte | |
| Weitere Themen auf der Tagesordnung | 19 |
| | |

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2018-02-05>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS-Plenar-Podcasts zu zentralen Themen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press officer

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press officer

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Online shoppen ohne Grenzen

Wer gerne online einkauft, soll bald einen besseren grenzübergreifenden Zugriff auf Waren und Buchungen etwa von Hotelzimmern, Mietwagen oder Konzertkarten erhalten.

Entsprechende neue Regeln für ein Verbot ungerechtfertigten Geoblockings stehen am Montag zur Debatte und am Dienstag zur endgültigen Abstimmung.

Danach können die Verbraucher selbst wählen, auf welcher Website sie Waren oder Dienstleistungen kaufen, ohne dass sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Wohnsitzes oder sogar ihres vorübergehenden Aufenthaltsortes blockiert oder automatisch auf eine andere Website umgeleitet werden.

Händler müssen Online-Käufer aus einem anderen EU-Land genauso behandeln wie einheimische Kunden, d.h. ihnen Zugang zu gleichen Preisen oder Verkaufsbedingungen gewähren – wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt wird:

- Der Zielort der Bestellung (z.B. von Haushaltsgeräten, Elektronik, Kleidung) ist ein Mitgliedstaat, den der Gewerbetreibende in seinen allgemeinen Geschäftsbedingungen als Lieferziel ausweist, oder Kunde und Verkäufer vereinbaren einen Ort zur Abholung in einem solchen EU-Land;
- Es handelt sich um elektronisch erbrachte, nicht urheberrechtlich geschützte Leistungen wie zum Beispiel Cloud-Dienste, Data-Warehousing, Webhosting oder die Bereitstellung von Firewalls;
- Die erworbene Dienstleistung wird in den Räumlichkeiten des Anbieters oder an einem Standort, an dem der Anbieter tätig ist, erbracht, wie Hotelunterbringung, Sportveranstaltungen, Autovermietung sowie Eintrittskarten für Musikfestivals oder Freizeitparks.

Urheberrechtlich geschützte Inhalte vorerst ausgeschlossen

Digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik oder Online-Spiele fallen vorerst nicht unter die neuen Regeln. Die Verhandlungsführer des Parlaments haben jedoch eine Überprüfungsklausel in das Gesetz aufgenommen, die die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren zu prüfen, ob das Verbot von Geoblocking auf solche Inhalte ausgeweitet werden sollte. Auch audiovisuelle und Transportdienstleistungen sind vorerst vom Anwendungsbereich ausgenommen.

Die Geoblocking-Verordnung wurde am 20. November 2017 von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vorläufig verabschiedet. Die neuen Vorschriften werden neun Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten.

Debatte: Montag, den 5. Februar

Abstimmung: Dienstag, den 6. Februar

Verfahren: (Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonzferenz: Dienstag, den 6. Februar um 15:00 Uhr

#geoblocking #DigitalSingleMarket

Weitere Informationen

[Vorläufiger Text der Vereinbarung](#)

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(20.11.2017\)](#)

[Berichterstatterin Róza Thun \(EVP, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Infos zu Geoblocking](#)

[Studie zu Geoblocking \(EU-Kommission, auf Englisch\)](#)

[EU-Kommission – Pressemitteilung: "Neue Umfrage zeigt: EU-Verbraucher kaufen vermehrt Online-Produkte im EU-Ausland" \(25.07.2017\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Europawahl 2019: Neue Sitzverteilung, Reform des Wahlrechts

Das EU-Parlament soll 46 seiner 751 Sitze verlieren, wenn das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat. Über eine entsprechende Gesetzesinitiative stimmen die Abgeordneten am Mittwoch ab.

Die 46 der 73 britischen Sitze, die durch den Brexit frei werden, sollen in Reserve gestellt werden. Die verbleibenden 27 Sitze würden auf 14 EU-Länder verteilt, die derzeit leicht unterrepräsentiert sind.

EU-weite Wahllisten

Die Abgeordneten werden auch über einen Vorschlag zur Einrichtung von länderübergreifenden Wählerlisten abstimmen, die das gesamte Gebiet der Union umfassen. Die endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments für die nächste Legislaturperiode erfordert die einstimmige Unterstützung aller Staats- und Regierungschefs der EU.

In dem Entwurf für die Gesetzesinitiative wird auch betont, dass die Änderungen nur dann greifen würden, wenn das Vereinigte Königreich die EU tatsächlich verlässt. Andernfalls würden die derzeitigen Regelungen beibehalten.

Reform des Wahlrechts

Mittwochnachmittag werden die Abgeordneten erwartungsgemäß ihre Forderung wiederholen, dass die EU-Regierungen die Reform des Wahlrechts der EU abschließen sollten, die notwendig ist, um eine Rechtsgrundlage für die Einführung EU-weiter Wahllisten zu schaffen. Sie werden den Rat auffordern, die Pattsituation zwischen den Institutionen zu beenden, die frühere Versuche zur Modernisierung der Regeln für die Europawahlen verhindert hat.

Hintergrundinformationen

Am 11. November 2015 hat das Europäische Parlament von seinem Recht nach Artikel 223 Absatz 1 der EU-Verträge Gebrauch gemacht, um eine [Reform des Europäischen Wahlrechts](#)

von 1976 einzuleiten.

Die nächsten Schritte

Der Vorschlag des Parlaments für eine Erneuerung des Wahlgesetzes wird jetzt vom Rat geprüft, der einstimmig beschließen muss. Zum Abschluss des Verfahrens wird die endgültige Zustimmung des Parlaments benötigt. Die angenommenen Bestimmungen müssen auch von allen EU-Mitgliedern im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Anforderungen gebilligt werden.

Debatte: Mittwoch, den 7. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 7. Februar

Verfahren: Legislative Entschließung, Mündliche Anfrage an den Rat

Pressekonferenz: Mittwoch, den 7. Februar um 14:30 Uhr, mit den Ko-Berichterstattem Danuta Hübner (EVP, PL) und Pedro Silva Pereira (S&D, PT)

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.01.2018\)](#)

[Berichterstatteerin Danuta Hübner \(EVP, PL\)](#)

[Berichterstatte Pedro Silva Pereira \(S&D,PT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "The composition of the European Parliament" \(auf Englisch\)](#)

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat \(Reform des Wahlrechts der EU\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Klimawandel: CO2-Ausstoss schneller senken, CO2-arme Innovationen finanzieren

Am Dienstag wird ein Gesetz zur Verschärfung der Emissionsbeschränkungen für Treibhausgase über das EU-Emissionshandelssystem (EHS) verabschiedet. Ziel ist, die Zusagen des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

Der Entwurf des EU-Gesetzes, bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart, würde Anzahl der zu versteigernden Emissionszertifikate pro Jahr stärker verknappen als bisher. Die neuen Vorschriften sehen auch eine Verdoppelung der Kapazität der EHS-Marktstabilitätsreserve vor, um überschüssige Emissionszertifikate vom Markt zu nehmen.

Um kohlenstoffarme Innovationen zu fördern, würde das Gesetz auch einen "Modernisierungsfonds" einrichten, um die Erneuerung der Energiesysteme in den einkommensschwächeren Mitgliedstaaten voranzutreiben. Ein neuer Innovationsfonds soll außerdem finanzielle Unterstützung für Vorhaben im Bereich erneuerbare Energieträger, Abscheidung und Speicherung von CO₂ sowie Innovationen mit emissionsmindernder Wirkung gewähren.

Hintergrundinformationen

Das EU-Emissionshandelssystem legt eine Obergrenze für die Gesamtmenge der Treibhausgase fest, die von den im EHS erfassten Bereichen ausgestoßen werden können. Innerhalb der Obergrenze erhalten oder kaufen Unternehmen Emissionszertifikate, mit denen sie bei Bedarf untereinander handeln können.

Am 15. Juli hat die EU-Kommission ihren [Vorschlag für die Phase IV des EU-Emissionshandelssystems](#) veröffentlicht.

Damit soll das Ziel der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% zu verringern, erreicht werden, während gleichzeitig die Industrie vor dem Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen („Carbon Leakage“) geschützt sowie Innovation und Modernisierung in der Industrie und im Energiesektor der EU im Laufe des Jahrzehnts ab 2020 gefördert werden.

Der Begriff „Carbon Leakage“ bezeichnet eine Situation, die eintreten kann, wenn Unternehmen aufgrund der mit Klimamaßnahmen verbundenen Kosten ihre Produktion in andere Länder mit weniger strengen Emissionsauflagen verlagern. Dies könnte zu einem Anstieg ihrer Gesamtemissionen führen.

Debatte: Montag, den 5. Februar

Abstimmung: Dienstag, den 6. Februar

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#EUETS

#climatechange

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(09.11.2017\)](#)

[Berichterstatterin Julie Girling \(EKR, UK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Post-2020 reform of the EU Emissions Trading System" \(auf Englisch\)](#)

[Emissionshandelssystem der EU \(Webseite der EU-Kommission\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Plenardebatte mit kroatischem Premier Plenković über die Zukunft Europas

Der kroatische Premierminister Andrej Plenković ist der zweite EU-Regierungschef, der am Dienstagvormittag mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattiert.

Plenković wird auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und der Konferenz der Präsidenten (Fraktionsvorsitzende und Präsident) vor dem Plenum sprechen. Anschließend wird er mit den Abgeordneten über die Zukunft der Europäischen Union diskutieren.

Bevor Plenković im Oktober 2016 kroatischer Premierminister wurde, war er seit 2013 einer von elf kroatischen Europaabgeordneten.

Der irische Premierminister Leo Varadkar war der erste EU-Regierungschef, der im Januar mit den Abgeordneten über die Zukunft der EU debattierte.

Debatte: Dienstag, den 6. Februar

Pressesstatement Andrej Plenković: Dienstag, den 6. Februar um 12:00 Uhr vor dem Plenarsaal

#FutureofEU #Plenković

Weitere Informationen

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
[Europäisches Parlament: Die Zukunft Europas](#)
[Lebenslauf von Andrej Plenković](#)

Europawahl 2019: Nur ein „Spitzenkandidat“ darf Kommissionspräsident werden

Das Parlament ist entschlossen, nur Kandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten zu akzeptieren, die zuvor als Spitzenkandidaten ihrer Parteien für die Europawahl 2019 in den Wahlkampf gezogen sind.

So verlangen es die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, der am Mittwoch zur Debatte und Abstimmung steht. Sie bekräftigen ihre Unterstützung für das Spitzenkandidaten-Verfahren, bei dem die europäischen politischen Parteien vor der Europawahl „Spitzenkandidaten“ für das Amt des Kommissionspräsidenten benennen. Dieses Verfahren wurde erstmals 2014 angewendet, infolgedessen der Wahlsieger Jean-Claude Juncker EU-Kommissionspräsident wurde.

Die Abgeordneten schlagen außerdem vor, die Rahmenvereinbarung über die Beziehungen des Parlaments zur Europäischen Kommission so abzuändern, dass die amtierenden EU-Kommissare für die Wahl zum Europaparlament kandidieren und auch als Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten nominiert werden können, ohne dass sie vorher unbezahlten Urlaub nehmen müssten.

Hintergrundinformationen

Die vorgeschlagenen Änderungen an der Interinstitutionellen Vereinbarung sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der [Konferenz der Präsidenten des Parlaments](#) (Präsident und Fraktionsvorsitzende) und der Europäischen Kommission. Sie wurden vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen am 23. Januar 2018 gebilligt.

Debatte: Mittwoch, den 7. Februar

Abstimmung: Mittwoch, den 7. Februar

Verfahren:

Zustimmungsverfahren

#EP2019 #Spitzenkandidaten

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über die Revision der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission \(auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Esteban González Pons \(EVP, ES\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Pestizide: Parlament will Sonderausschuss einsetzen

Am Dienstag stimmt das Parlament über Mandat und Zusammensetzung eines Sonderausschusses zur Prüfung des Zulassungsverfahrens der EU für Pestizide ab.

Der Sonderausschuss ist eine Reaktion auf die Bedenken hinsichtlich der Risikobewertung des Herbizids Glyphosat. Die EU-Mitgliedsstaaten haben im November letzten Jahres die Vermarktungslizenz für Glyphosat um fünf Jahre verlängert.

Das Mandat des Sonderausschusses, der aus 30 Mitgliedern besteht, beträgt neun Monate ab seiner ersten Sitzung. Er wird einen Abschlussbericht über Tatsachenfeststellungen und Empfehlungen vorlegen, der vom Plenum gebilligt werden muss.

Hintergrundinformationen

In einer [Entschließung](#), die im Oktober angenommen wurde, stellte das Parlament fest, dass die Freigabe der so genannten "Monsanto-Papiere" des Unternehmens, das Roundup® – dessen Hauptwirkstoff Glyphosat ist – herstellt, Zweifel an der Glaubwürdigkeit einiger Studien aufkommen lässt, die bei der Sicherheitsbewertung von Glyphosat in der EU verwendet werden, so die Abgeordneten.

Das EU-Zulassungsverfahren, einschließlich der wissenschaftlichen Bewertung von Stoffen, sollte sich nur auf veröffentlichte überprüfte und unabhängige Studien stützen, die von den zuständigen Behörden in Auftrag gegeben wurden, so die Abgeordneten. Die EU-Agenturen sollten gestärkt werden, damit sie diese Vorgaben berücksichtigen können, fügten sie hinzu.

Abstimmung: Dienstag, den 6. Februar

Verfahren: Einsetzung eines Sonderausschusses

#glyphosate

#pesticides

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „EU's Pesticide Risk Assessment System: The Case of Glyphosate“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Diesel-Abgastests an Menschen und Affen: Debatte mit EU-Kommission

Für Montag wurde aus aktuellem Anlass eine Debatte mit der Kommission zu den jüngsten Vorwürfen gegen die Methoden der deutschen Automobilindustrie auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Titel der Debatte lautet: „Manipulation der wissenschaftlichen Forschung durch multinationale Konzerne im Zuge der Emissionstests an Affen und Menschen durch die deutsche Automobilindustrie.“

Debatte: Montag, den 5. Februar

Verfahren: Erklärungen der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: „Autoabgase - Kommission und EU-Mitglieder sollen endlich Situation verbessern“ \(04.04.2017\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Parlament will Zeitumstellung abschaffen

Am Donnerstag werden die Abgeordneten die EU-Kommission erwartungsgemäß auffordern, einen Vorschlag zur Beendigung des halbjährlichen Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit vorzulegen.

Die Debatte findet am Vormittag statt. Über den Entschließungsentwurf des Verkehrsausschusses wird am Mittag abgestimmt. Als Reaktion auf Bürgerinitiativen und Petitionen, in denen gesundheitliche Bedenken über die Auswirkungen der halbjährlichen Zeitumstellung geäußert werden, fordern die Abgeordneten in dem Text die Kommission auf, einen Vorschlag zu deren Beendigung zu unterbreiten.

Die Frühjahrs- und Herbstzeitumstellung in den EU-Mitgliedsstaaten wird durch [die EU-Richtlinie zur Regelung der Sommerzeit](#) festgelegt. Ein einheitliche Regelung der Uhrzeit in der EU sollte beibehalten werden, auch wenn der Wechsel abgeschafft wird, heißt es im Text des Entschließungsentwurfs.

Debatte: Donnerstag, den 8. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 8. Februar

Verfahren: Entschließung

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP Studie: EU-Sommerzeitregelung im Rahmen der Richtlinie 2000/84/EC \(Oktober 2017; auf Englisch\)](#)

[Video der der öffentlichen Anhörung zu den Sommerzeitregelungen \(24.03.2015\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Parlament will Tod von Zivilisten in Afrin und Angriff auf Pressefreiheit in der Türkei verurteilen

Die Abgeordneten werden in einer EntschlieÙung am Dienstag erwartungsgemäß den Angriff der türkischen Streitkräfte auf die kurdisch kontrollierte Enklave Afrin in Syrien verurteilen.

Sie wollen auch die zahlreichen Verhaftungen anprangern, die die türkische Regierung vor kurzem angeordnet hat, nachdem kritische Berichte über die Militäroperation in den Medien erschienen waren.

Das türkische Innenministerium teilte am 29. Januar mit, dass die Türkei in den vergangenen zehn Tagen 311 Personen festgenommen habe, weil sie "terroristische Propaganda" über soziale Medien verbreitet hätten. Zu den Inhaftierten gehören Politiker, Journalisten und Aktivisten, die zum Frieden aufgerufen und die Militäroffensive der türkischen Regierung in der nordsyrischen Enklave Afrin verurteilt haben.

Diese Verhaftungen seien Teil eines noch weiter reichenden Vorgehens gegen die Pressefreiheit in der Türkei seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016. Darauf werden die Abgeordneten erwartungsgemäß in einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini am späten Dienstagnachmittag hinweisen. Am Donnerstag wollen sie eine entsprechende EntschlieÙung verabschieden.

Im Anschluss an diese Debatte werden die Abgeordneten voraussichtlich die türkische Luft- und Bodenoffensive Afrin verurteilen, die den Tod vieler Zivilisten zur Folge hatte.

Debatten: Dienstag, den 6. Februar

Abstimmung: Donnerstag, den 8. Februar (Menschenrechte in der Türkei)

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen: „Mapping the future of Syria: State of play and options“](#) (auf Englisch)

[EP-Hintergrundinformationen: „Media freedom trends 2017 - Turkey“](#) (auf Englisch)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Erweiterung: Neue Westbalkan-Strategie

Die neue Westbalkan-Strategie der EU wird am Dienstag von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vorgestellt und von den Abgeordneten diskutiert.

Der Westbalkan wird 2018 zu einem zentralen außenpolitischen Thema der EU, da die Region ein Schwerpunktthema der bulgarischen Ratspräsidentschaft ist. Die Bemühungen um die Integration der Region in die EU werden traditionell auch vom Europäischen Parlament unterstützt, das jedoch auf Mängel in der Rechtsstaatlichkeit, bei den Grundrechten oder der Korruptionsbekämpfung hinweist.

Nachdem die EU-Kommission am 6. Februar ihre Westbalkan-Strategie bekannt gegeben hat, wird sie im April die üblichen EU-Erweiterungsberichte vorlegen. Diese geben einen Überblick über die Fortschritte der Länder, die der EU beitreten wollen. Das Europäische Parlament prüft und bewertet diese Berichte und verabschiedet im Laufe des Jahres entsprechende Entschlüsse.

Serbien und Montenegro stehen dem EU-Beitritt am nächsten, da die Beitrittsgespräche in vollem Gange sind, während die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Albanien noch auf die Aufnahme von Verhandlungen warten. Bosnien und Herzegowina und Kosovo liegen weiter zurück, haben aber einen Status als potenzielle Kandidaten.

Debatte: Dienstag, den 6. Februar

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten mit anschließender Debatte

#Western Balkans

#EUenlargement

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen: „Western Balkans in the spotlight in 2018“ \(Januar 2018; auf Englisch\)](#)

[Strategie und Berichte zur EU-Erweiterung \(Informationen der Europäischen Kommission; auf Englisch\)](#)

[EU-Erweiterungsstatus \(Informationen der Europäischen Kommission; auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EP-Führung fordert Rücktritt von Vizepräsident Czarnecki

Die Fraktionsvorsitzenden haben am Donnerstag beschlossen, dem Plenum vorzuschlagen, dass Ryszard Czarnecki (EKR, Polen) seiner Funktion als Vizepräsident des Europäischen Parlaments enthoben wird.

Die Fraktionsvorsitzenden haben in der Konferenz der Präsidenten mit der erforderlichen Mehrheit von mindestens drei Fünfteln der Stimmen von mindestens drei Fraktionen beschlossen, die Amtszeit von Czarnecki als Vizepräsident wegen einer „schweren Verfehlung“ zu beenden. Czarnecki hatte seine Kollegin Róża Thun mit polnischen Nazi-Kollaborateuren während des Zweiten Weltkriegs verglichen.

Das Plenum wird am Mittwoch, den 7. Februar über den Vorschlag abstimmen und benötigt eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments, um Czarnecki seines Amtes zu entheben. Wird der Vorschlag gebilligt, müssten die Abgeordneten zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Vizepräsidenten wählen.

Die relevanten Artikel der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments:

[Artikel 21](#): Vorzeitige Beendigung der Amtszeit

[Artikel 20](#) : Freiwerdende Ämter

[Artikel 17](#) : Wahl der Vizepräsidenten

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit durch die Reform des rumänischen Justizsystems - Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Mittwoch*
- Lage in Simbabwe - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Lage in Venezuela - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Lage der UNRWA - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie - Bericht: Jerzy Buzek, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- EU-Gelder, die für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen bestimmt sind (Europäische Investitionsbank) – 3 Berichte von Eider Gardiazabal Rubial, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Jahresbericht 2016 der Europäischen Zentralbank - Bericht: Jonás Fernández, *Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Null Toleranz für Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Beschluss über das Paket zur Steuergerechtigkeit II und III - Erklärung der Kommission, *Debatte Montag*
- Lage von Menschenrechtsverteidigerinnen und ihre Unterstützung durch die EU - Anfrage zur mündlichen Beantwortung, *Debatte Mittwoch*
- Neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien im Rahmen der 13. jährlichen Ministertagung - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, *Debatte Dienstag*
- Arbeit und Vermächtnis des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien – Erklärungen des Rates und der Kommission, *Debatte Dienstag*

- Immer weniger Raum für die Zivilgesellschaft - Erklärungen des Rates und der Kommission,
Debatte Dienstag